

9

VERTRAULICH

B E S C H L U S S P R O T O K O L L I I

der 35. Sitzung des Bundesrates

vom 7. November 1990

Herr Bundespräsident Koller stellt die Frage, ob die Klausursitzung vom 14. November aufrechterhalten bleiben soll. Gegenwärtig ist nur die Bewältigung der Fichenprobleme traktandiert, und Herr Bundesrat Cotti wird abwesend sein. Allenfalls könnte diese Frage an einer ordentlichen Sitzung beraten werden. Herr Bundesrat Delamuraz bemerkt, dass sowohl die GATT als auch die EWR-Verhandlungen vom Rat diskutiert werden sollten. Ob eine Klausur stattfindet oder nicht, wird später entschieden. Eine Verschiebung um eine Woche ist problematisch, denn Herr Bundesrat Ogi muss am 21. November an einer CEMT-Sitzung teilnehmen.

Liechtenstein

Die Frage wird gestellt, ob die vorgeschlagene Lösung im jetzigen Zeitpunkt zweckmässig sei. Soll die EFTA gerade jetzt, da sie in einer Krise steckt, durch ein neues Land erweitert werden? Dies ist nötig, denn die EG möchten vermeiden, dass ein EWR-Vertrag durch ein externes Land unterschrieben werden muss. Der Antrag wird angenommen.

Verwaltungsbeschwerde Zürich

Nach Diskussion genehmigt der Rat die Anträge des EJPD und lehnt die Beschwerde des Vereins Konsumentinnenforum Zürich i.S. Vertrag zwischen Krankenkassen und Aerzten ab. Zwei grundlegend verschiedene Meinungen werden geäussert. Der Bundesrat muss diese Frage als Gericht und nicht als politische Behörde beurteilen. Das geltende Recht beruht auf dem Prinzip der Vertragsfreiheit, so dass nur der gesamte Vertrag und nicht einzelne Punkte davon – wie zum Beispiel die Erhöhung des Taxpunktwertes von 75 auf 80 Rappen – genehmigt werden können. Die Annahme der Beschwerde würde eine Praxisänderung bedeuten und das Prinzip der Vertragsfreiheit total aushöhlen. Andererseits aber geht es hier um einen wichtigen Entscheid. Die Tarife wurden so angesetzt, damit den Aerzten ein gewisses Einkommen garantiert wird. Der Bundesrat ist Beschwerdeinstanz, er kann also alle ihm stichhaltig scheinenden Argumente gebrauchen. Man sollte vermeiden, dass nach der Landwirtschaft auch die Aerzte zwecks Einkommensgarantie staatliche Subventionen verlangen. In Zürich mussten die Tarife erhöht werden, weil es dort zu viele Aerzte gibt. Die Wirtschaftlichkeit des Gesundheitswesens wird ebenfalls vom Gesetz verlangt. Der Bundesrat sollte seinen Willen, die Kosten des Gesundheitswesens in den Griff zu bekommen, verdeutlichen. In der Begründung wird der Abschnitt, wonach das EDI und das Bundesamt für Sozialversicherung mit der Ablehnung der Beschwerde einverstanden sind, gestrichen.

Budget 1991 - Besoldungsmassnahmen

Mit dem Inkrafttreten des Besoldungspaketes des Bundespersonals bereits auf den 1. Juli 1991 steigt das Ausgabenwachstum auf 7,8%. Dies wird in der Finanzkommission des Nationalrates noch zu Diskussionen führen. Durch den Entscheid der nationalrätlichen Kommission sind die vorsorglich beschlossenen Teuerungskompensations-Massnahmen hinfällig geworden. Die Frage wird gestellt, ob auch 1991 viel mehr Einnahmen als vorgesehen zu erwarten sind. Dies scheint nicht der Fall zu sein. Die wirtschaftliche Lage ist ungewiss, vor allem wegen der Rezessionstendenzen in den USA. Der Dollar ist am Vortag gegenüber dem Schweizer Franken auf ein absolutes Tief von 1,24 gesunken.

EEE et GATT

M. Delamuraz relate les derniers développements de ses deux négociations. La CE a enfin présenté son offre agricole, sans laquelle les négociations du GATT risquaient d'échouer. Quant aux négociations au sujet de l'EEE, l'annonce que la Suède et la Norvège entendent adhérer à la CE a sans doute affaibli la position de l'AELE. Il faut néanmoins considérer que le premier ministre suédois a également insisté sur le fait qu'il continue d'attribuer une grande importance aux négociations en cours. Le Conseil doit donc adapter son mandat de négociation, et en particulier revoir la liste des exceptions à l'acquis communautaire. Il s'agit de décisions qui ne seront mises sur le tapis de la négociation que si la CE fait des concessions au niveau des institutions. Les autres pays de l'AELE procèdent au même exercice et en discuteront lors d'une réunion secrète qui se déroulera vendredi à Muri.

Sauf les remarques présentées dans deux corapports, les propositions sont acceptées. Il s'agit d'un dernier pas pour essayer de permettre une percée politique à la négociation. Il est néanmoins clair que ces concessions ne peuvent être considérées que si, de la part de la CE, il y en a également quant aux institutions communes. Pour ce qui concerne l'audiovisuel, il faudra prévoir une réserve de la durée de 5 ans, éventuellement renouvelable, pour tenir compte des initiatives contre la publicité pour les boissons alcooliques. Quant à la libre circulation des personnes, le Conseil accepte les propositions sans ignorer qu'il s'agit de décisions qui seront politiquement difficiles à faire adopter lors de la votation populaire. En outre, il est fait expressément la réserve que cette concession ne signifie pas que le Conseil est d'accord sur les modalités élaborées par l'OFIAMT visant à limiter globalement la main-d'oeuvre étrangère. A ce propos, un document est en cours d'élaboration, visant à une harmonisation avec la politique d'asyle. C'est seulement après avoir discuté de ces aspects que le Conseil adoptera sa politique.

Dans la discussion des réflexions sont exprimées quant à la situation de la négociation avec la CE. Die neuen Entwicklungen zwingen den Rat, sich zu fragen, ob zusätzliche Konzessionen noch einen Sinn haben. Die Verhandlungssituation hat sich derart verschlechtert, dass der Rat nicht nur wirtschaftliche Überlegungen anstellen muss, sondern sich auch andere, grundsätzlichere Fragen stellen sollte, zum Beispiel in bezug auf die Neutralität und auf die künftige Gestaltung der Aussenpolitik der EG. Auch sollte vertieft geprüft werden, was ein Abseitsstehen insgesamt für die Schweiz bedeutet. Alternativszenarien zum EWR müssen erarbeitet werden. Die Schweiz ist in die Defensive geraten, obwohl sie einige Trümpfe hätte, die besser

ausgespielt werden sollten. In der Frage des institutionellen Mitspracherechts darf die EFTA nicht mehr nachgeben. Es wird angeregt, über die Zukunft der Schweiz eine längere Klausur durchzuführen. Wichtige Entscheidungen stehen bevor, die sorgfältig analysiert und überlegt werden müssen. Auch die Neutralität, die Sicherheitspolitik in Europa usw. sollten diskutiert werden.

Energiepolitik

Herr Bundesrat Ogi erläutert seine Anträge. Es geht um die Gestaltung einer Energiepolitik für die Jahre nach den Volksentscheiden vom 23. September. In zahlreichen Gesprächen hat er versucht, die bisher entgegengesetzten Meinungen zu einer Konsenslösung zu bringen. Es ist wichtig, dass in der Energiepolitik gemeinsame Anstrengungen unternommen werden, damit der Grabenkrieg der letzten Jahre zu Ende geht. Die Vertreter der Bundesratsparteien haben der Bildung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe zugestimmt, und es bestehen gute Hoffnungen, dass der vorgeschlagene Weg zum Erfolg führt. Das politische Signal muss vom Bundesrat ausgehen, denn es ist seine Aufgabe, in dieser wichtigen Materie zu führen.

In der Diskussion wird die Zielrichtung begrüsst, doch werden auch kritische Fragen geäußert. Man sollte den Eindruck vermeiden, mit Geld und Subventionen könnten alle Probleme gelöst werden. Energiesparen muss hauptsächlich über den Preis erreicht werden, nicht durch neue Subventionen. Die wirtschaftlichen Folgen dieser Politik wurden noch nicht analysiert. Das vorgelegte Aussprachepapier ist von einem fragwürdigen staatlichen Machbarkeitsglauben geprägt. Auch ist zu bedauern, dass diese Vorschläge nicht gemeinsam mit denjenigen über die CO₂-Abgabe koordiniert werden konnten. Der Eindruck, der Bundesrat beschliesst jede Woche etwas anderes, soll vermieden werden. Eine Kenntnisnahme von der Energiepolitik, wie sie vorgestellt worden ist, bedeutet noch nicht, dass alle darin enthaltenen Anträge auch als beschlossen zu betrachten sind.

Herr Bundesrat Ogi unterstreicht, dass durch dieses Programm ein politisches Zeichen gesetzt werden kann. Zusätzliche Mittel für die Energiepolitik sind unerlässlich und bereits im Energienutzungsbeschluss vorgesehen. Es wäre falsch zu glauben, alle diese Neuerungen würden nichts kosten. Der Rat nimmt vom vorgelegten Programm Kenntnis und ist mit dessen Veröffentlichung einverstanden.

Regierungsreform

Herr Bundeskanzler Buser kommentiert seine Vorschläge für die Einsetzung eines Beratergremiums unter der Leitung von Herrn Professor Eichenberger. Andere Persönlichkeiten, so zum Beispiel der alt Staatsschreiber von Genf, Hänni, könnten als Experten beigezogen werden. Der Rat ist mit dem Antrag einverstanden. In bezug auf die Zusammensetzung wird die Frage gestellt, ob jüngere Fachprofessoren nicht besser in der Lage wären als Eichenberger, neue Ideen zu entwickeln. Dies ist durchaus denkbar, und deshalb wurden als weitere Mitglieder zwei jüngere Professoren vorgesehen. Es ist aber wichtig, dass Herr Eichenberger dank seiner Erfahrung in der Materie als stabilisierende Kraft wirkt. Dem Rat wäre nicht gedient, wenn rein theoretische Lösungen vorgeschlagen würden.

Synthesebericht zum Umweltschutz und Mutterschaftsversicherung

Es wird vorgeschlagen, das Postulat Martin abzulehnen. Zu dieser Materie sind genügend Berichte erstellt worden. Die Annahme des Postulates würde bedeuten, dass das zuständige Amt zu viele Leute zur Verfügung hat. Der Entscheid wird wegen der Abwesenheit von Herrn Bundesrat Cotti verschoben. Das gleiche gilt für das Postulat der Kommission für soziale Sicherheit betreffend die Mutterschaftsversicherung. Man muss dem Parlament klar signalisieren, dass diese Frage im Moment keine Priorität genießt.

PUK 2 / EMD

Herr Bundesrat Villiger kommentiert seine zahlreichen Aenderungswünsche. Es geht heute nur darum, diese detaillierten Anträge zu genehmigen. Ueber eine politische Stellungnahme soll der Rat erst später diskutieren. Im Bericht figurieren aber zahlreiche Aussagen, die falsch sind, und andere, die aus Geheimhaltungsgründen nicht veröffentlicht werden sollten. Insgesamt erweckt der Bericht den Eindruck, die PUK sei in einzelnen Gebieten, so zum Beispiel im Fall Kohlschütter, mit vorgefasster Meinung an die Arbeit gegangen.

In der Diskussion wird die Grundsatzfrage aufgeworfen, ob der Bundesrat diese zahlreichen Aenderungsvorschläge selbst bewilligen muss, oder ob diese Aufgabe nicht besser ans EMD delegiert würde. Die Bundesräte sind nicht in der Lage zu entscheiden, wer Recht hat, ob die PUK oder das EMD. Würde der Bericht veröffentlicht, wie er jetzt vorliegt, wären die militärischen Nachrichtendienste nicht mehr in der Lage, ihre Aufgabe zu erfüllen. Man muss vermeiden, dass solche präzise Aussagen publik werden. Die Anzahl der Aenderungswünsche des EMD wird als zu gross beurteilt. Es besteht die Gefahr, dass dies bei der PUK einen Abwehrreflex verursacht. Der Rat wird sich mit dieser Frage an der nächsten Sitzung erneut befassen.

UMFRAGEN

Bundesrat Stich

- Die nationalrätliche Kommission hat die neue Finanzordnung beraten, und allfällige Divergenzen könnten bereits in der Wintersession bereinigt werden. Dies bedingt allerdings, dass das Geschäft früher traktandiert wird. Eine Abstimmung im Juni ist deshalb denkbar. Der Bundeskanzler hat bereits interveniert, aber bisher ohne Erfolg.
- zeigt sich über die Aussagen des stellvertretenden BIGA-Direktors Kind über die Teuerungslage empört. Solche Analysen sollten vom Bundesamt für Konjunkturforschung gemacht werden. Es ist unzulässig, wenn ein Amt die Geldpolitik der Nationalbank, die der Bundesrat immer unterstützt hat, dermassen kritisiert.
- In der Verordnung über die Flexibilisierung ist eine unbefriedigende Lösung beschlossen worden. Man sollte im Artikel 5 sagen, dass die Leistungen wie nach den statutarischen Abkommen zu gewähren sind.

- 5 -

M. Felber

- informe sur la demande d'asile présentée par trois diplomates de l'ambassade de Chine à Berne.
- précise les modalités d'expulsion d'un diplomate auprès des Nations Unies. Il s'agit d'un cas pénible, mais la requête présentée par son avocat a dû être refusée.

Bundesrat Ogi

- hat zwei Informationsnotizen verteilt. Die erste betrifft den Einsatz des Falcons 900. Der Budgetrahmen kann eingehalten werden. Die zweite betrifft die CEMT-Sitzung vom 1. Oktober, an der er nicht teilnehmen konnte.
- Der Koordinator der Uebermittlungsfragen innerhalb der Gesamtverteidigung ist zurückgetreten. Für die Ernennung des Nachfolgers möchte Bundesrat Ogi konsultiert werden, denn die PTT sind auch interessiert.
- hat Schwierigkeiten, einen UBI-Präsidenten zu finden. Es handelt sich um eine auch zeitlich anspruchsvolle Aufgabe. Die Entschädigungen sind aber als lächerlich zu betrachten. Dagegen ist die Lösung der nationalrätlichen Kommission zu begrüßen.

Bundespräsident Koller - hat Vertreter von sieben Kantonen zu einem Gespräch über die Ficheneinsichtspraxis empfangen. Dasselbe Problem wird mit allen Kantonen am Donnerstag diskutiert.

- An den Von Wattenyl-Gesprächen möchten die Parteien auch die Irak-Fragen diskutieren. Herr Bundesrat Felber wird dem Bundespräsidenten eine Notiz zukommen lassen.

Bundeskanzler Buser - Für das Treffen mit den Berner Stadt- und Kantonsbehörden könnte der Abend des 17. Aprils in Frage kommen.

Das Dîner diplomatique könnte entweder am 3. Mai oder am 26. April stattfinden.

Der Präsident gibt am Mittagstisch bekannt, dass die Klausursitzung vom 14. November abgesagt wird.

8.9.1990 AC/Ba

BUNDESKANZLEI

geht an die

HH. Departementsvorsteher (7)
 Bundeskanzler (1)
 Vizekanzler (2)